

Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024

Wie stehen die Parteien zu den Herausforderungen der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft?

1) Der globale Handel ist für die Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft von großer Bedeutung. Wie wollen Sie sicherstellen, dass aufbereitete Metalle reibungslos über Grenzen hinweg gehandelt werden können?

CDU: CDU und CSU setzen sich für die Abschaffung von Handelsbarrieren ein. Die EU braucht eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Künftig sollen Freihandelsabkommen nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden.

SPD: Wir müssen die WTO reformieren und sie durch bilaterale, nachhaltige Abkommen mit zuverlässigen Partnern ergänzen. Falls sich unsere Handelspartner nicht an die vereinbarten Regeln halten oder ungleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, haben wir Instrumente, um die Interessen der EU zu verteidigen. Darüber hinaus gelten unsere Rechtsvorschriften für einen nachhaltigeren Handel sowohl für EU-Produkte als auch für solche, die aus Drittländern eingeführt werden. Die SPD fordert die Europäische Kommission auf, das Binnenmarkt- und Verbraucherschutz-Acquis durchzusetzen und eine kohärente Umsetzung zu gewährleisten. Mindestharmonisierung könnte ein Ansatz sein, um das Vertrauen der Verbraucher*innen und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Damit es fairen Wettbewerb mit Unternehmen aus Drittstaaten gibt, fordert die SPD starke Marktüberwachungsbehörden. Online-Marktplätze müssen zur Verantwortung gezogen werden, den Zugang von nicht konformen Produkten zum EU-Markt zu verhindern.

Grüne: Der EU-Binnenmarkt ist zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir den Binnenmarkt stärken und vertiefen: Wo es in der EU eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene befolgen. Noch bestehende Hürden für den reibungslosen Warenverkehr wollen wir beseitigen. Auch der globale Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann Wohlstand mehren. Wir setzen verstärkt auf Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Mit diesen Handelsabkommen, die selbstverständlich auch Sekundärrohstoffe in den Blick nehmen müssen, wollen wir Handelshemmnisse abbauen und Wertschöpfung fördern. Die EU-Abfallverbringungsverordnung darf dem Ausbau der europäischen Kreislaufwirtschaft nicht im Wege stehen.

FDP: Die FDP setzt sich für pragmatische Ein- und Ausfuhrbestimmungen bei recyceltem Stahl und Metallen ein. Wir glauben, dass es wichtig ist, den Handel mit recycelten Materialien zu erleichtern, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern und die Umweltbelastung zu verringern. Die Ausgestaltung der EU-Lieferkettenrichtlinie, der EU-Verpackungsverordnung, des „Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM), die Ausweitung der unternehmensbezogenen Arbeitsmarkt-Statistik auf Kleinbetriebe und ähnliche Vorhaben sehen wir sehr kritisch.

2) Die Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft trägt durch die Aufbereitung von Stahl-, Kupfer-, Aluminiumschrotten zur Dekarbonisierung nachgelagerter Industrien bei. Wie wollen Sie die Recyclingwirtschaft dabei unterstützen, bessere Preise für ihre aufbereiteten Rohstoffe zu erzielen?

CDU: Die Preisbildung muss unter marktwirtschaftlichen Bedingungen stattfinden. CDU und CSU setzen sich für gute und faire Marktbedingungen, sowie für ein stabiles Marktumfeld ein. Im Hinblick auf den Europäischen Emissionshandel bedeutet dies, dass wir unsere nachhaltige Wirtschaft in der EU auch durch einen Grenzausgleichsmechanismus unterstützen wollen.

SPD: Aufgrund der sehr viel besseren Emissionsbilanz von recycelten Rohstoffen gegenüber der Produktion von Neumaterialien werden bei steigenden EHS-Preisen (aufgrund der sinkenden Obergrenze, des Auslaufens von Gratisallokationen und dem CBAM), diese recycelten Rohstoffe wettbewerbsfähiger. Wir gehen davon aus, dass damit Recycler höhere Marktanteile, Preise und Margen werden erreichen können. Auch darum setzen wir uns für eine konsequente Anwendung des EHS im Industriebereichs ein.

Grüne: Der kluge Umgang mit Ressourcen ist eine der zentralen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Der größte Beitrag zur Rohstoffsicherheit ist das Einsparen von knappen Rohstoffen und ihre wiederholte Nutzung. Unsere Rohstoffpolitik verfolgt das Ziel, dass Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt und Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Verbrauchsgüter sollen deshalb strengere Mindestkriterien erfüllen, um Klima und Ressourcen zu schonen. Produzenten müssen so den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte in den Blick nehmen, damit neben der Produktion auch die Verwendung und die Verwertung möglichst nachhaltig sind. Durch diese stärkere Herstellerverantwortung schaffen wir Anreize, vermehrt aufbereitete Rohstoffe anstatt Primärrohstoffe zu verwenden. Auf diese Weise fördern wir nachhaltige Geschäftsmodelle wie die Recyclingwirtschaft und sorgen für faire Preise für aufbereitete Rohstoffe.

FDP: Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung.

3) Wie stehen Sie zur Entbürokratisierung auf EU-Ebene und welche Entbürokratisierungsmaßnahmen wollen Sie für die Recyclingwirtschaft erreichen?

CDU: CDU und CSU setzen sich auf europäischer Ebene für einen effektiven Bürokratieabbau ein. Wir unterstützen das Vorhaben von Kommissionschefin Ursula von der Leyen, 25 Prozent der Berichtspflichten für Firmen zu streichen. Gerade im Hinblick auf eine intakte Kreislaufwirtschaft und die Schließung von Stoffströmen.

SPD: Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen und Spielraum für Unternehmertum zu fördern. Ein verantwortungsvoller Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt ist daher dringend notwendig.

Grüne: KMU werden durch neue bürokratische Anforderungen in besonderem Maße belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein. Auch für die existierende Gesetzgebung fordern wir eine regelmäßige Überprüfung, um Bürokratie abzubauen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, zu streichen. Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden soll zudem das One-Only-Prinzip eingeführt werden, damit relevante Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen eine Trendwende für einen radikalen Bürokratieabbau einleiten. Nur so kann die EU als Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues Wachstum und Wohlstand werden. Dazu fordern wir einen „Bureaucracy Reduction Act“. Wir wollen die Wirtschaft von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Für jede neue Belastung durch EU-Regulierung müssen im Gegenzug gemäß der „One in, two out“-Regel bestehende Belastungen konsequent in doppeltem Umfang abgeschafft werden. Wir fordern auch eine systematische Erfassung der Bürokratiekosten resultierend aus EU-Rechtsvorschriften. Als Vorbild könnte der deutsche Bürokratiekostenindex dienen. Zudem müssen EU-Richtlinien ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden. Außerdem sollen Gesetze und Verordnungen, wo möglich, mit einem konkreten Ablaufdatum („Sunset-Klausel“) beschlossen werden. Mit einem systematischen Berichtspflichten-Check durch die EU-Kommission sollen doppelte Berichtspflichten identifiziert und zusammengeführt oder abgeschafft werden. Wir fordern außerdem ein einheitliches digitales Meldeportal, das Unternehmen relevante Informationen gebündelt bereitstellt und eine unkomplizierte zentrale Einreichung von Berichten ermöglicht.

4) Wie werden Sie sich angesichts des Beitrags der Recyclingwirtschaft zum Umweltschutz dafür einsetzen, dass die Branche wieder Zugang zu staatlichen Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfen erhält, um ihre Entwicklung zu fördern?

CDU (Antwort auf Frage 4 und 6): CDU und CSU setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente und die Soziale Marktwirtschaft. Wenn wir Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik zusammendenken ist dies die beste Förderung von Kreislaufwirtschaft und die beste Standortpolitik. Wir benötigen so wenig Regulatorik wie nötig und so viel Freiraum wie möglich, um unseren Standort fit für die Klimaneutralität zu machen. Wir sprechen uns dafür aus, dass wir Branchen der Transformation auf ihrem Weg bestmöglich begleiten und wir diejenigen unterstützen, die zur Emissionsreduktion beitragen.

SPD: Wir wollen das europäische Beihilferecht reformieren und damit ermöglichen, dass notwendige Investitionen auch zur rechten Zeit getätigt werden können. Dafür wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Die Genehmigung von Beihilfen sollte dabei konsequent an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien geknüpft werden.

Grüne: Kreislaufwirtschaft ist im Mainstream angekommen und wir machen sie zum europäischen Erfolgsmodell. Der Verbrauch und die Verschwendung von Ressourcen tragen zu den ökologischen und sozialen Krisen unserer Zeit bei. Der kluge Umgang mit Ressourcen ist daher eine der zentralen Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine lebenswerte Zukunft. Die Kreislaufwirtschaft trägt zudem zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei. Eine besonders wichtige Rolle nimmt dabei die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Sekundärmaterialien ein. Mit dem EU Critical Raw Materials Act (CRMA) haben wir erreicht, dass künftig 25% der Rohstoffnachfrage durch Recycling gedeckt werden muss. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine konsequente Förderung der Recyclingwirtschaft.

FDP:

Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden, und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung. Aus diesem Grund sehen wir von Lösungen für einzelne Branchen ab. Gleichzeitig tragen wir in Deutschland konstruktiv zur Entwicklung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie bei.

5) Wie beurteilen Sie die zunehmend strengeren Grenzwerte und Stoffverbote im Hinblick auf die Recyclingwirtschaft, die sich mit der Aufbereitung von Produkten vergangener Jahrzehnte befasst?

CDU: CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass im Sinne der Grenzwerte ein risikobasierter Ansatz verfolgt wird. Wir sprechen uns hierbei für sichere und praktisch gut handhabbare Lösungen aus. Zudem ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Forschung und Entwicklung im Bereich der Recyclingwirtschaft und der Materialforschung voranzutreiben. Unser Ziel ist es, dass wir Stoffkreisläufe schließen.

SPD: Als SPD setzen wir uns für eine Kreislaufwirtschaft im Sinne des Green Deals ein, dabei spielt der Recyclingsektor eine wesentliche und tragende Rolle. Höhere Grenzwerte und strengere Stoffverbote sollen einen besseren Umweltschutz und höhere Gesundheitsstandards voraussetzen. Diese Anpassungen sind notwendig, bedürfen auch sinnvoller Übergangsfristen und Kontrollen.

Grüne: Zum Schutz der Ökosysteme und unserer Gesundheit ist es geboten, den Einsatz von Stoffen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen, zu reduzieren. Überall dort, wo sie gut ersetzt werden können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von Alternativen zu verstärken. Für die Recyclingindustrie kann dies eine Herausforderung darstellen, da recycelte Materialien aus vergangenen Jahrzehnten Stoffe enthalten können, die in neuen Produkten nicht mehr erlaubt sind. Wir setzen uns daher für sachgerechte Übergangsfristen ein. Zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Produkten, die kritische Inhaltsstoffe enthalten, gehört deshalb auch, Übergangsregelungen zu finden, die praktisch anwendbar sind.

FDP: Als liberale Partei betrachten wir die stetig strengeren Grenzwerte und Stoffverbote im Hinblick auf die Recyclingwirtschaft mit Skepsis. Während die Absicht dahinter, den Umweltschutz zu verbessern, lobenswert ist, müssen wir auch die potenziellen Auswirkungen auf die Wirtschaft und Innovation berücksichtigen.

Erstens können laufend verschärfte Grenzwerte und Verbote für bestimmte Stoffe die Kosten für Unternehmen erheblich erhöhen. Dies kann dazu führen, dass kleinere Unternehmen Schwierigkeiten haben, mit den neuen Anforderungen Schritt zu halten, was letztendlich zu Marktverzerrungen und einer Verringerung des Wettbewerbs führen kann.

Zweitens könnten strengere Regulierungen Innovationen behindern, anstatt sie zu fördern. Wenn Unternehmen mit der Einhaltung neuer Vorschriften so stark beschäftigt sind, dass sie keine Ressourcen für Forschung und Entwicklung haben, könnten sie weniger Anreize haben, neue und effizientere Recyclingtechnologien zu entwickeln.

Drittens besteht die Gefahr, dass ständig wechselnde Vorschriften und Verbote zu einem ineffizienten und uneinheitlichen Regulierungsumfeld führen, dass die Compliance erschwert und

die Kosten für Unternehmen weiter erhöht. Wir glauben, dass es wichtig ist, einen ausgewogenen Ansatz zu verfolgen, der Umweltschutz und wirtschaftliche Interessen gleichermaßen berücksichtigt. Anstatt sich ausschließlich auf strengere Grenzwerte und Verbote zu konzentrieren, sollten wir Anreize für Innovationen schaffen und auf technologische Lösungen setzen, die langfristig zu einer nachhaltigeren Recyclingwirtschaft führen können.

6) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um sicherzustellen, dass die Recyclingwirtschaft angemessene Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen erhält, um sich auf diese strengeren Grenzwerte vorzubereiten?

CDU (Antwort auf Frage 4 und 6): CDU und CSU setzen auf marktwirtschaftliche Instrumente und die Soziale Marktwirtschaft. Wenn wir Wirtschafts-, Klima- und Energiepolitik zusammendenken ist dies die beste Förderung von Kreislaufwirtschaft und die beste Standortpolitik. Wir benötigen so wenig Regulatorik wie nötig und so viel Freiraum wie möglich, um unseren Standort fit für die Klimaneutralität zu machen. Wir sprechen uns dafür aus, dass wir Branchen der Transformation auf ihrem Weg bestmöglich begleiten und wir diejenigen unterstützen, die zur Emissionsreduktion beitragen.

SPD: Übergangsfristen sind ein sinnvolles Mittel, Ausnahmeregelungen ebenso. Insbesondere letztere jedoch führen oft unter dem Strich zu einem mehr an Bürokratie. Unser übergeordnetes Ziel ist es, das dichte Geflecht der Regelungen, Fristen und Ausnahmeregelungen zu lichten, ohne Schutzstandards abzusenken.

Grüne: Wir schlagen vor, öffentliche Mittel zur Förderung von Innovationen und Forschung im Bereich Recyclingtechnologien einzusetzen, um Materialien sicher zu verarbeiten und gefährliche Stoffe sicher zu entsorgen. Gleichzeitig sind ehrgeizige Rechtsvorschriften erforderlich, um die Grundlage für die Recyclingindustrien der Zukunft zu schaffen, indem sichergestellt wird, dass heute hergestellte Produkte so konzipiert sind, dass sie auch in Zukunft recycelt werden können. Darin sollten auch realistische Übergangsfristen genannt werden.

FDP: Die FDP setzt sich für unternehmensfreundliche Übergangsfristen bezüglich gesetzlicher Auflagen im Umwelt- und Klimabereich ein. Wir glauben an einen ausgewogenen Ansatz, der es Unternehmen ermöglicht, sich auf neue Anforderungen vorzubereiten, ohne übermäßig belastet zu werden. Gleichzeitig befürworten wir einfache und stringente Regulierungslösungen, die nicht in Mikromanagement enden. Es ist wichtig, dass Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen effektiv sind, aber auch praxisnah und umsetzbar für Unternehmen aller Größenordnungen bleiben.

7) Welche Anreize planen Sie, um den Einsatz innovativer Technologien zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Stahl- und Metallschrott zu fördern?

CDU (Antwort auf Frage 7 und 8): CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass der Einsatz von Sekundärrohstoffen verbessert wird. Wichtig wird es im Zusammenhang sein, dass wir eine Debatte über die Definition des Endes der Abfalleigenschaften führen und auch beim Einsatz von Recyclingmaterialien uns vielmehr an der Leistung eines Stoffs orientieren als an der Klassifizierung, ob es ein Rezyklat ist oder nicht. Gleichermaßen geht es darum, Innovationen aus der Forschung in die Anwendung zu bekommen. Insbesondere im Bereich der Recyclingwirtschaft muss es das Ziel sein, noch effizienter und auch sicherer zu trennen, um die Aufbereitung zu erleichtern und so auch kostengünstiger zu gestalten.

SPD: Wir wollen das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich nutzen, um den Wandel aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist eine europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten, etwa im Bereich Clean Tech. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die EU-Initiative IPCEI zur Förderung und Neuansiedlung strategisch wichtiger Unternehmen auf mehr Branchen ausgeweitet und für den Mittelstand geöffnet wird sowie die Antragsbearbeitung erheblich beschleunigt wird.

Grüne: Für die wirtschaftliche Zukunft Europas sind Innovationen von entscheidender Bedeutung. Der Einsatz von innovativen Technologien zur Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Stahl- und Metallschrott ist essentiell für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Wir wollen Ideen auf ihrem Weg vom Labor in die Praxis unterstützen. Innovationen sind ein entscheidender Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Um die Erforschung und den Einsatz von innovativen Technologien zu fördern, wollen wir die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe ausbauen und für KMU attraktiver machen, regionale Innovationsökosysteme besser finanzieren und mit One-Stop-Shops sowie einem digitalen Kompass für Förderprogramme junge Gründer*innen fördern.

FDP: Wir sind der Auffassung, dass innovative Lösungen für Sortierung, Aufbereitung und Verwertung von Stahl- und Metallschrott am Markt entstehen sollten, weil wir an die Stärke des freien Marktes und des unternehmerischen Geistes glauben. Durch einen offenen Wettbewerb und Anreize für Innovationen können Unternehmen dazu motiviert werden, effizientere und nachhaltigere Recycling- und Aufbereitungstechnologien zu entwickeln. Dies führt nicht nur zu einer besseren Ressourcennutzung und Umweltschutz, sondern auch zu wirtschaftlichem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen in der Recyclingbranche. Staatliche Eingriffe sollten darauf abzielen, diesen Innovationsprozess zu unterstützen und Hindernisse zu beseitigen, anstatt spezifische Technologien vorzuschreiben. So kann der Markt sein volles Potenzial entfalten und zur Lösung globaler Umweltprobleme beitragen.

8) Wie wollen Sie die Kreislaufwirtschaft im Bereich des Stahl- und Metallrecyclings fördern und sicherstellen, dass Recyclingmaterialien verstärkt in der Produktion (Schmelzwerken) eingesetzt werden?

CDU (Antwort auf Frage 7 und 8): CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass der Einsatz von Sekundärrohstoffen verbessert wird. Wichtig wird es im Zusammenhang sein, dass wir eine Debatte über die Definition des Endes der Abfalleigenschaften führen und auch beim Einsatz von Recyclingmaterialien uns vielmehr an der Leistung eines Stoffs orientieren als an der Klassifizierung, ob es ein Rezyklat ist oder nicht. Gleichmaßen geht es darum, Innovationen aus der Forschung in die Anwendung zu bekommen. Insbesondere im Bereich der Recyclingwirtschaft muss es das Ziel sein, noch effizienter und auch sicherer zu trennen, um die Aufbereitung zu erleichtern und so auch kostengünstiger zu gestalten.

SPD: Generell sehen wir in der Zukunft Europa in der Zukunft einen vermehrten Bedarf an Stahlschrott in der Produktion. Dies wird begünstigt durch ein besseres Recycling oder durch die Produktion von „grünem Stahl“. EU-Instrumente wie IPCEI und der Innovationsfonds fördern schon heute entsprechende Projekte, die vermehrt Stahl- und Metallschrott nutzen. Wir werden auch in der Zukunft darauf achten, dass entsprechende Projektlisten diese Komponenten enthalten und auch die entsprechende korrespondierende Gesetzgebung eine Nutzung im Sinne der Kreislaufwirtschaft ermöglicht.

Grüne: Um den Einsatz von Recyclingmaterialien in der Produktion zu fördern, gibt es zwei Strategien. Erstens ermutigt die Ökomodulation der EPR-Gebühren die Hersteller, recycelte Inhalte zu verwenden. Zweitens stellen Ökodesign-Vorschriften, Zielvorgaben für Recyclinganteile und Verbote gefährlicher Stoffe sicher, dass auf den Märkten im Umlauf befindliche Produkte sowohl aus Recyclinganteilen bestehen als auch für die Wiederverwertung konzipiert sind. Wir befürworten den Einsatz beider Strategien, um Innovationen zu fördern und bei der Umweltverträglichkeit an die Spitze zu gelangen und gleichzeitig Unternehmen zu verdrängen, die versuchen, ihre Kosten auf die Umwelt und die Menschen abzuwälzen. Dieser Ansatz sorgt für die gleichen Wettbewerbsbedingungen, die unsere Unternehmen heute benötigen, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein.

FDP: Die FDP setzt auf den Emissionshandel und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung. Diese wird den zunehmenden Einsatz von recyceltem Stahl sowie Metallen gegenüber dem Bergen von Primärrohstoffen von Jahr zu Jahr finanziell attraktiver machen.